



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

99. Sitzung (öffentlich)

2. Oktober 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

1 Vom Rückschritt zum Fortschritt: Der Entwurf einer Mieterschutzverordnung der Landesregierung muss verändert werden!

8

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9037

Ausschussprotokoll 17/1092 (*Anhörung am 21.08.2020*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

2 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen 19

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8298

Stellungnahme 17/2528
Stellungnahme 17/2666
Stellungnahme 17/2691
Stellungnahme 17/2742
Stellungnahme 17/2743
Stellungnahme 17/2749
Stellungnahme 17/2753
Stellungnahme 17/2816
Stellungnahme 17/2857
Stellungnahme 17/2916
Stellungnahme 17/2919

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3851

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf abzulehnen.

3 Care-Arbeit in Nordrhein-Westfalen sichtbar machen und besser unterstützen 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8765

Ausschussprotokoll 17/1088 (*Anhörung am 20.08.2020*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

- 4 Gesetz über die Gewährung von Wertschätzungsprämien und die Stiftung von Ehrenzeichen im Brand- und Katastrophenschutz (Prämien- und Ehrenzeichengesetz – PräEG) – Wertschätzung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte** **24**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/10857
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die AfD-Fraktion ab.
- 5 Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplans Nordrhein-Westfalen (Teilplan für gefährliche Abfälle)** **26**
- Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/11138
- Vorlage 17/3550
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.
- 6 Missbrauch der EU-Freizügigkeit verhindern – Rechte der Ausländerbehörden stärken** **27**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/10645
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, das Ergebnis der schriftlichen Anhörung des federführenden Ausschusses abzuwarten.

- 7 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen** **28**
- Bericht
der Landesregierung
- in Verbindung mit:
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3961
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 8 Weitere/ergänzende wissenschaftliche Überprüfung der Einwohnergewichtung im Kommunalen Finanzausgleich NRW – Gutachten des Walter Eucken Instituts (WEI) (Tagesordnungspunkt auf Wunsch der Landesregierung)** **32**
- Vorlage 17/3858
- Wortbeiträge
- 9 Digitalisierung des Bauens in Nordrhein-Westfalen (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** **33**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3894
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - keine Wortbeiträge
- 10 Intransparente Wahlkampffinanzierung von OB-Kandidatin Reker und anderer parteiloser Bürgermeisterkandidaten – woher kommt das Geld? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2])** **35**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3938
- Wortbeiträge

11 Verschiedenes**a) Vorratsbeschlüsse zu erwarteten Überweisungen der anstehenden Plenarsitzungen 37**

Der Ausschuss kommt überein, für den Fall der federführenden Überweisung des Gesetzentwurfs zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Einheitslastengesetzes Nordrhein-Westfalen an den AHKBW eine Anhörung in der vom Vorsitzenden dargestellten Form durchzuführen.

Der Ausschuss kommt überein, für den Fall der federführenden Überweisung des Gesetzentwurfs zum Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder an den AHKBW eine Anhörung in der vom Vorsitzenden dargestellten Form durchzuführen.

b) GFG 39**c) Einzelplan 08 41****d) Teilhabebericht NRW, Vorlage 17/3538 42****e) Vorstellung von Produkthaushalten in Einzelplänen ausgewählter Fachausschüsse 42****f) Ausschusssitzung am 30. Oktober 2020 42**

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Bedarfstermin am 30. Oktober 2020 aufzuheben.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges teilt mit, den Hintergrund dafür kenne er nicht.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) erläutert, die Landesregierung habe die Sondersteuerschätzung des Bundesfinanzministers abgewartet und darüber hinaus über die Höhe der Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2021 im Lichte möglicherweise zurückgehender Einnahmen der Kommunen mit Blick auf den Anteil der Einkommen- und Umsatzsteuer entscheiden müssen, weil diese Steuern direkt über die Bundesebene verteilt würden.

Das GFG enthalte sehr viele Zahlenangaben. Mit Blick darauf, dass die Landesregierung das GFG im Jahr 2021 mit zusätzlichen 930 Millionen Euro verstärken wolle, seien die Berechnungen schlichtweg nicht rechtzeitig fertig geworden. Gegenwärtig finde die Anhörung zu den Eckwerten der Gemeindefinanzierung 2021 statt.

Es werde unverändert bei den Grunddaten 2011 bis 2015, der Hauptansatzstaffel, dem Soziallastenansatz und den Nebenkostenansätzen bleiben. Nach dem Ende der Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zu den Eckwerten werde die Landesregierung umgehend das Gesetzgebungsverfahren einleiten, könne aber erst das Plenum Anfang November erreichen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) hält den Vortrag der Ministerin für bekannt. Allerdings kenne die Landesregierung auch die Geschäftsordnung des Landtags und die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts zur Beschlussfassung über den Haushalt, sodass der Beitrag der Ministerin überhaupt nicht weiterhelfe.

Weil der Landesregierung all diese Probleme und die Komplexität des Gesetzes bekannt gewesen seien, wäre zu erwarten gewesen, mit einem konkreten Vorschlag auf alle zuzugehen, um für Verständnis zu werben. Stattdessen trage die Ministerin nur vor, warum es nicht gehe. Die Schuld liege in keinem Fall beim Parlament. Dabei sei es ihm völlig egal, wer die Regierung stelle; bei einer grünen Regierungsbeteiligung würde er exakt genauso argumentieren.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges nimmt an, die Fraktionen hätten noch internen Beratungsbedarf, wobei alle Redner die erste Variante verworfen hätten. Für geeignetere Verfahrensvorschläge zeigt er sich ausdrücklich offen.

c) Einzelplan 08

Vorsitzender Hans-Willi Körfges regt an, die Einbringung des Einzelplans 08 ohne gleichstellungsrelevante Kapitel im Rahmen der Haushaltsberatungen 2021 für die Sitzung am 6. November 2020 vorzusehen. Die abschließende Befassung und Votenabgabe könnte für die Sitzung am 20. November 2020 geplant und damit auch die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Haushalts erreicht werden.

